

## **SPD-Kreistagsfraktion Hameln-Pyrmont von neuem Schulstruktur-Entwurf enttäuscht**

### **Watermann zerpfückt Althusmanns Konzept: Keine Lösung für das Weserbergland**

**Hameln (wbn). Mit seinem Konzept der Neueinführung einer sogenannten Oberschule bleibt Kultusminister Bernd Althusmann (CDU) nach Ansicht der SPD-Fraktion hinter den Erfordernissen einer zukunftsfesten Schulstruktur zurück.**

„Anstatt das Ziel zu verfolgen, ein wohnortnahes, flexibles und stabiles Schulkonzept vorzulegen, das den Bedürfnissen von Eltern, Schülern, Lehrkräften und Schulträgern entgegen kommt, führt der Minister eine neue Schulform ein, die im Kern lediglich die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen vorsieht. Die Probleme des ländlichen Raums und das in Niedersachsen besonders eklatante Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land werden dadurch zementiert“, kritisiert der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Hameln-Pyrmont Ulrich Watermann. Innerhalb der bestehenden Schulstruktur wären die Probleme ohne Weiteres lösbar gewesen.

Fortsetzung von Seite 1

„Dafür hätte die Landesregierung allerdings auf das Dogma der verpflichtenden Fünzügigkeit von Gesamtschulen als Ergänzungsschulen abrücken müssen.“ Dazu sei vor allem der kleine Koalitionspartner FDP nicht bereit gewesen. „Die FDP gefällt sich inzwischen in Hannover ebenso wie in Berlin in der Rolle der Blockiererin. Das ist vor allem ein Schlag ins Gesicht der Eltern“, so Watermann. Die Regelung, dass Gesamtschulen in Ausnahmefällen auch vierzünftig sein dürften, bezeichnete der heimische Sozialdemokrat als „Feigenblatt“. „Es steht zu befürchten, dass die Liberalen künftig jeden Antrag auf Vierzügigkeit einer IGS zur Koalitionsfrage machen werden. Das ist ein nicht zu unterschätzender Spaltpilz.“

Die Behauptungen der FDP, Gesamtschulen gefährdeten den Bestand der Gymnasien, weist er als bewusste Irreführung zurück: „Die niedersächsischen Gymnasien sind eine stabile Größe in unserer Schulstruktur. Gymnasien mit 1000 und mehr Schülerinnen und Schülern sind keine Seltenheit. Gesamtschulen könnten für Entspannung sorgen und gerade die Schülerinnen und

Geschrieben von: Lorenz

Dienstag, den 26. Oktober 2010 um 20:03 Uhr

---

Schüler aus ländlich strukturierten Gegenden vor überlangen Schulwegen bewahren.“ Dieses liege aber nicht im Interesse der Landesregierung. Dass Oberschulen einen gymnasialen Zweig anbieten könnten, wie Althusmann vorschlägt, sei keine tragfähige Alternative. „In der Praxis wird dieses Konzept gerade auf dem Land an der mangelnden Schülerzahl scheitern“, befürchtet Watermann.

### **Dem Elternwillen wird nicht Rechnung geragen**

Diese Schulstruktur sei keine Lösung für den Landkreis Hameln-Pyrmont. Der Wunsch der Eltern nach einem weiteren Schulangebot, der durch die Elternumfrage zur IGS deutlich geworden sei, könne nur durch kleine Integrierte Gesamtschulen wie sie im Schaumburger Bereich gegründet worden sind, realisiert werden. Die Politik der Landesregierung und der Mehrheitsfraktionen bedeute, dass dem Elternwillen nicht Rechnung getragen werde. Watermann: „Die neue Oberschule erfüllt weder qualitativ noch organisatorisch die Wünsche nach guter Bildung vor Ort. Deshalb wird die SPD über die Schulentwicklungsplanung dafür eintreten, dass Bildung vor Ort auch in Hameln-Pyrmont erhalten bleibt. Dieses kann aus Sicht der SPD nur durch kleine Integrierte Gesamtschulen nach dem Modell Stadthagen realisiert werden.“ Watermann verwies noch einmal auf das SPD-Konzept „Gute Schule“, das in zweieinhalbjähriger Arbeit unter Einbeziehung der Forderungen von Landeselternrat, Lehrerverbänden und Schulträgern erarbeitet worden sei.

„Unser Konzept böte die Chance, innerhalb kürzester Zeit einen wirklichen Schulfrieden in Niedersachsen zu erreichen. Leider verzichtet die Landesregierung und beschränkt sich darauf, eine neue Schulform einzuführen, deren Hauptaufgabe darin besteht, neue Gesamtschulen zu verhindern. Mit seiner Weigerung, über gleichberechtigte Wettbewerbsbedingungen für alle Schulformen zu reden, also auch für Gesamtschulen, setzt der Kultusminister leider eine ideologisch geprägte Debatte fort.“